



Elterngeld-Bilanz als Selbstbeweihräucherung - sozial gerechte Familienpolitik sieht anders aus

Pressemitteilung von Jörn Wunderlich, 14. Dezember 2007

Als "Mogelpackung mit extremer sozialer Schieflage" bezeichnet Jörn Wunderlich das vor einem Jahr eingeführte Elterngeld. Wohlhabende Familien profitierten auf Kosten ärmerer, so der familienpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

Wenn ein großer Teil der Mütter und Väter in Deutschland, darunter viele Erwerbslose und Geringverdienende, nur den Mindestsatz von 300 Euro für höchstens 14 Monate erhalten, ist das ein klarer Rückschritt gegenüber der früheren Regelung. Nach altem Recht hätten sie die 300 Euro Erziehungsgeld zwei Jahre lang bekommen. Die Ansprüche wurden also fast halbiert. Dass die Bundesfamilienministerin diesen Skandal auch noch als Erfolgsgeschichte feiern kann, ist eine propagandistische Meisterleistung!

Die Bundesregierung finanziert ihre Familienpolitik für Besserverdienende auf Kosten der Armen. Sie

sollte unverzüglich Reformen einleiten und das Elterngeld sozial ausgestalten. DIE LINKE fordert, den Eltern - Vater und Mutter - jeweils einen Anspruch auf zwölf Monate Elterngeld zu gewähren und das Mindestelterngeld auf 450 Euro zu erhöhen.